

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Erich Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/28.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 94.

Berlin, Mittwoch, 2. Dezember 1908.

Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Gewerkevereinskollegen und -Kolleginnen! — Die erste Lesung der Reichsfinanzreform. — Arbeitskammern. — Nach der ersten Schlacht. — Allgemeine Kundschau. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Gewerkevereinskollegen und -Kolleginnen!

Von neuem treten wir an euch heran mit der Bitte, die Werbearbeit für das Verbandsorgan wieder aufzunehmen. Das Quartal geht zu Ende; da heißt es, die alten Abonnenten an die Wiederbestellung zu erinnern, vor allem aber neue zu gewinnen.

Die Aufklärung

über unsere Anschauungen

Kann nur erfolgen, wenn die Abonnentenzahl des „Gewerkeverein“ eine möglichst große ist.

Die Angriffe der Gegner

Können von den Mitgliedern nur wirksam widerlegt werden, wenn sie dauernd über alle Vorgänge in der Arbeiterbewegung unterrichtet sind.

Das geschieht am besten durch den

„Gewerkeverein“,

der auch regelmäßig die öffentlichen Fragen und die parlamentarischen Verhandlungen vom Standpunkte unserer Organisation beleuchtet.

Wer darum an der Belehrung unserer Mitglieder und an der Verbreitung unserer Ideen mitarbeiten will, der Sorge dafür, daß auch im kommenden Vierteljahr die Zahl der „Gewerkevereins“-Abonnenten einen recht stattlichen Zuwachs erfährt.

Der Preis beträgt für das ganze Vierteljahr nur 65 Pf., bei zweimaliger Zustellung durch den Briefträger 83 Pf. Bestellungen nimmt jede Postanstalt und der Briefträger selbst entgegen.

Beginnt schon jetzt mit der Arbeit!

Nützt die Zeit!

Die erste Lesung der Reichsfinanzreform.

Sieben lange Sitzungstage hat der Reichstag gebraucht, um den Entwurf zur Reichsfinanzreform in erster Lesung durchzuberaten. Beschlüsse werden bei solchen ersten Lesungen nicht gefaßt, sondern nachdem die Wortführer der einzelnen Parteien ihre prinzipielle Stellung zu dem in Frage stehenden Entwurf zu erkennen gegeben haben, wird er einer Kommission zur Durchberatung überwiesen. Das ist auch bei der Reichsfinanzreform geschehen, und sowohl der Reichskanzler, wie der Reichsschatzsekretär können von Glück sagen, daß es so kommen mußte; denn wäre man sogleich zur Abstimmung geschritten, dann wäre es schlecht bestellt gewesen um das Schicksal ihrer Reform. Sie hätte ein klägliches Ende genommen, und nicht einmal eine anständige Beerdigung wäre ihr zuteil geworden. Man darf ohne Übertreibung sagen,

daß Stück für Stück von der Sydnowschen Reform in den Ortus verfunken wäre.

Werfen wir einen Rückblick auf den Gang der Verhandlungen, so kann eine völlige Ueber einstimmung der Ansichten nur konstatiert werden hinsichtlich der kläglichen Finanzlage des Reiches und der Notwendigkeit, durch die Erschließung neuer Steuerquellen die Finanznot zu beseitigen. Auch darüber war man sich schließlich noch einig, daß man sich einer größeren Sparsamkeit befleißigen müsse, um Einnahmen und Ausgaben des Reiches besser als bisher im Gleichgewicht zu erhalten. Manches bitteres Wort mußte sich der Herr Reichskanzler gerade bezüglich der Sparsamkeit gefallen lassen. Seine Bemerkung, daß im Volke im allgemeinen zuviel Luxus getrieben würde und es im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft liege, mehr als bisher zu sparen, hat ihm eine Fülle von Er widerungen eingetragen, die er kaum erwartet haben dürfte, und mit Recht konnte ihm entgegen gehalten werden, daß er seine Mahnungen zur Sparsamkeit nicht an die großen Schichten der Bevölkerung richten solle, sondern vor allen Dingen an die höheren Kreise, die in dieser Beziehung dem Volke nicht mit gutem Beispiel vorangehen.

Weniger Uebereinstimmung herrschte schon hinsichtlich der Höhe der geforderten Steuern. Während der Entwurf dem Volke nicht weniger als 500 Millionen Mark neuer Lasten aufbürden will, kam bei der übergroßen Mehrzahl der Redner die Ansicht zum Ausdruck, daß es mit einer erheblich niedrigeren Summe auch wohl möglich wäre, Ordnung in die Reichsfinanzen zu bringen. 300 Millionen Mark würden als völlig ausreichend hingestellt. Mit Recht wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß, wenn man der Regierung gegenüber zu freigebig sei, sie am allerwenigsten an das Sparen dächte. Alles in allem darf man wohl annehmen, daß Herr Sydnow sich mit einem erheblich niedrigeren Betrage wird abfinden müssen, als er fordert. Ganz von der Hand weisen läßt sich auch der Gebante nicht, daß er mit dieser Möglichkeit überhaupt gerechnet hat.

Was die einzelnen Steuerarten anbetrifft, so war, wie bereits erwähnt, für keine eine sichere Mehrheit vorhanden. Indessen wer weiß, wie sich die Verhältnisse noch gestalten werden. Das jedenfalls kann schon heute als sicher angenommen werden, daß das geplante Branntweinmonopol und auch die Zigarrenbanderolesteuer unter den Tisch fallen werden, d. h. abgelehnt werden. Auch die Besteuerung der Elektrizität und des Gases zu Kraft- und Beleuchtungszwecken hat so gut wie gar keine Aussicht auf Annahme. Wenig Chancen hat auch die Inkeratensteuer, und die einzige direkte Steuerart, die in Aussicht genommen war, die Nachlasssteuer, kann schon mit ziemlicher Gewißheit auf die Verlustliste gesetzt werden.

Eine Einschränkung müssen wir allerdings hierbet machen. Wenn man allgemein von dem Branntweinmonopol und der Zigarrenbanderolesteuer nichts wissen will, so ist doch zweifellos starke Stimmung vorhanden für eine Erhöhung der Branntweinsteuer und für eine Erhöhung der Gewichtsteuer auf Tabak mit Wertzuschlägen. Die Gefahren, die namentlich dem Tabakgewerbe drohen, sind also noch keineswegs beseitigt.

Was aus der Weinsteuer werden wird, läßt sich noch nicht sagen, da selbst die einzelnen Par-

teien in dieser Frage uneinig sind. Auch die Brau steuer hat nur wenig Freunde. Summerhin aber wäre es gewagt, schon heute über ihr Schicksal zu prophezeien.

Die Sachlage ist also zunächst ungeklärter als je. Dazu kommt, daß von verschiedenen Seiten noch politische Gegenforderungen an die Regierung und besonders an den Reichskanzler gestellt werden. Es werden von ihm bestimmte Garantien verlangt, daß das persönliche Regiment aus der Reichspolitik ausgeschaltet wird, und begründet wird diese Forderung damit, daß gerade durch dieses persönliche Regiment die Schuldenlast des Reiches so ungeheuer angewachsen sei. Angenehm ist diese Situation weder für den Reichskanzler, noch für den Reichsschatzsekretär.

Aber darauf kommt es nicht an. Die Hauptsache ist, daß die große Masse des Volkes, das ohnehin schwer genug unter indirekten Steuern zu leiden hat, von einer weiteren Belastung befreit bleibt. Richtig sind in dieser Beziehung freilich die Aussichten auch nicht. Die Forderung einer Reichs vermögenssteuer ist allerdings von der linken Seite des Hauses mit großer Entschiedenheit in den Vordergrund gestellt worden und hat auch im Zentrum und bei den Nationalliberalen Anklang gefunden. Die Regierung freilich will davon nichts wissen; die direkte Steuerform soll den Einzelstaaten vorbehalten werden. Nun, wir sind der Meinung, daß gerade an der Reichsvermögenssteuer mit aller Zähigkeit festgehalten werden muß. Es ist eine patriotische Pflicht der wohlhabenden Kreise, die unter den indirekten Steuern viel weniger zu leiden haben als die große Masse, endlich einmal zu zeigen, daß sie gewillt sind, an den Lasten des Reiches in gebührender Maße mitzutragen. Der Appell der konservativen Redner an den Patriotismus der Bevölkerung ist durchaus unangebracht. Gerade diejenigen, die dieses Wort bei jeder Gelegenheit im Munde führen, die haben, wenn es zur praktischen Betätigung des Patriotismus kam, bisher noch stets verjagt. Bei ihnen hört diese edle Eigenschaft auf, wenn es an das Bezahlen geht. Hier heißt es nun einmal Farbe bekennen. Wenn, wie es scheint, die Konservativen ihre Zustimmung zur Reichsvermögenssteuer versagen, so beweisen sie damit, daß ihr Patriotismus nur Schall und Rauch ist. Viel höher allerdings würde er gerade in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung niemals eingeschätzt. Von allen Parteien aber, die den Anspruch auf wahre Volkshilfsbereitschaft erheben, muß unbedingt verlangt werden, daß sie in dieser Beziehung keine Konzessionen machen. Mag sich die Regierung drehen und wenden, wie sie will, auf die direkten Steuern darf auf keinen Fall verzichtet werden. Lehnt die Regierung sie ab, nun, so mag aus der Reichsfinanzreform werden, was da will. Die Verantwortung dafür trägt dann nicht der Reichstag, sondern die Regierung und die konservativen Parteien. Die Arbeiter jedenfalls würden es nicht verstehen, wenn in einer Zeit der Krise und der allgemeinen Leerung nun noch Steuern eingeführt würden, die wiederum die Masse treffen. Wer es wohl meint mit dem Volke, der muß aus patriotischen Gründen mit aller Energie dafür eintreten, daß die Finanznot des Reiches beseitigt wird auf dem Wege der direkten Besteuerung.

Arbeitskammern.

Der viel besprochene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Einführung von Arbeitskammern ist am Freitag dem Reichstage endlich zugegangen. Er weicht in vielen Punkten von dem im Februar d. J. veröffentlichten Entwurf ab, weist mancherlei Verbesserungen ihm gegenüber auf, ist aber doch noch weit davon entfernt, die Wünsche der Arbeiter zu befriedigen.

Der Name besagt schon, daß an dem paritätischen Aufbau der Kammern festgehalten werden soll. Die Kammern sollen für bestimmte Gewerbezweige errichtet werden, soweit nach dem Stand der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis dafür vorliegt. Es ist also an der beruflichen Grundlage festgehalten worden. Die Aufgaben der Kammern sollen sein die Pflege des wirtschaftlichen Friedens, die Wahrnehmung der gemeinwirtschaftlichen, wirtschaftlichen und gewerblichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer. Ferner sollen die Arbeitskammern ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fördern, die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie der besonderen Interessen der Arbeiter durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten unterstützen. Weiter sollen sie auf Ansuchen von Staats- und Gemeindebehörden Gutachten über den Erlass von Ausnahmestimmungen von der Sonntagsruhe, über behördliche Maßnahmen zum Schutz von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter, über Ausdehnung des Fabrikarbeiter-schutzes auf Werkstätten u. a. m. erstatten. Endlich wird den Arbeitskammern das Recht eingeräumt, Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten betreffen, zu beraten und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zweck haben, anzulegen. Auch die Funktionen des Einigungsamtes sollen den Arbeitskammern übertragen werden, wenn es an einem Gewerbegericht fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegebiete beschäftigt sind, oder endlich, wenn die Einigungsverhandlungen des zuständigen Gewerbegerichts ergebnislos verlaufen sind.

Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes sollen die gewerblichen Arbeiter im Sinne des Titel VII der Gewerbeordnung sein. Ausgeschlossen sollen sein die Angestellten in Handelsgeschäften, landwirtschaftlichen Betrieben, ferner die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten und den Betrieben, die der Seeres- oder Marineverwaltung unterstehen. Die Handwerksbetriebe sind ebenfalls mit in das Gesetz einbezogen.

Eine Verbesserung des ursprünglichen Entwurfs bildet auch die Regelung des Wahlverfahrens. Wahlberechtigt zu den Arbeitskammern sollen Deutsche beiderlei Geschlechts sein, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind und denjenigen Gewerbebezügen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammer errichtet ist. Das passive Wahlrecht besitzen diejenigen Wahlberechtigten, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Jahre demjenigen Gewerbebezweig als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welchen die Arbeitskammer errichtet ist und in dem der Wahl vorausgegangenen Jahre weder für sich noch für ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten oder die empfangene Unterstützung zurückgestellt haben. Die Wahlen sind direkt und geheim und finden nach dem Verhältniswahlssystem statt. Die Mitglieder und ihre Erlagsmänner werden auf 6 Jahre gewählt.

Die Kosten, die aus der Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammern entstehen, werden getragen von den in dem Bezirke gelegenen Gemeinden, in welchen sich Betriebswerkstätten der in der Arbeitskammer vertretenen Gewerbebezweige befinden oder Arbeitnehmer dieser Gewerbebezweige ihren Wohnsitz haben. Die Gemeinden sollen ermächtigt werden, durch Ortsstatut zu bestimmen, daß die nach den Verteilungsplänen für die verschiedenen Gemeinden auf sie entfallenden Kostenanteile von den Inhabern der in der Gemeinde gelegenen beteiligten Betriebsstätten und denjenigen beteiligten Arbeitnehmern erhoben werden, welche in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben.

Die Sitzungen der Arbeitskammern werden von dem Vorsitzenden, der ein Beamter ist, abberaumt oder auch auf Antrag von zwei Dritteln der Mitglieder. Zu den Sitzungen kann ein Vertreter der Aufsichtsbehörde entsandt werden, der auf seinen Wunsch jederzeit gehört werden muß. Die Aufsichtsbehörde gilt die höhere Ver-

waltungsbehörde, falls nicht die Landeszentralbehörde, d. h. das Ministerium des Innern, andere Bestimmungen trifft. Der Vorsitzende hat das Recht, die Beschlüsse der Arbeitskammern mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden. Die endgültige Entscheidung über die Beanstandungen steht der Aufsichtsbehörde zu. Diese darf auch, wenn die Arbeitskammer wiederholten Auforderungen ungeachtet die Erfüllung ihrer Aufgaben vernachlässigt, oder sich gegenwärtiger Handlungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird, oder andere als die gesetzlich zulässigen Zwecke verfolgt, die Kammer auflösen und Neuwahl anberaumen. In der Zwischenzeit werden die Geschäfte der Arbeitskammer von deren Vorsitzenden allein ohne Beisitzer geführt.

Soviel zunächst über den Gesetzentwurf, der, wie namentlich die zuletzt angeführten Bestimmungen zeigen, eine scharfe Kritik verdient. Wir werden Gelegenheit haben, auf die einzelnen Bestimmungen noch näher einzugehen.

□ Nach der ersten Schlacht.

In Berlin fanden am vergangenen Sonntag die Gewerbegerichtswahlen statt. Wie allgemein bekannt ist, beteiligten sich die Gewerbevereine zum ersten Mal an dieser Wahl, da auf unsern Antrag das Verhältniswahlssystem eingeführt wurde. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes:

Liste I	Stimmzahl	Vertreterzahl
soziald. Gewerkschaften	75 958	65
II Gruppe Wiesenthal	528	—
III Deutsche Gewerbevereine	3 783	3
IV christl. Gewerkschaften u. sonst. Arbeitervereine	2 766	2
V technische Beamte	207	—

Diese Zahlen sind noch nicht ganz zuverlässig, da das amtliche Resultat noch aussteht. Erhebliche Änderungen werden sie aber kaum erfahren, und auch die Zahlen der Beisitzer werden jedenfalls dieselben bleiben.

Die Gewerbevereiner Berlins hatten seit Monaten eine energische Vorarbeit betrieben. Sie gingen von dem Gedanken aus, der schon jetzt sich bewährt hat: Organisation ist wichtiger als Agitation, oder mit anderen Worten: Ein Erfolg ist nur zu erzielen, wenn wir mittels eines guten Vertrauensmänner-systems jeden Freund unserer Sache bearbeiten und an die Wahlurne bringen können. Die Agitation, d. h. das Reden und Schreiben, wird nur auf einem gesunden Fundament der Organisation nützlich sein; mit ihr allein sind dauernde, wachsende Erfolge nicht möglich. So hatten wir in den 48 Wahlbezirken der Stadt je einen Obmann und Stellvertreter eingesetzt, die mit einer Anzahl von Vertrauensmännern — in einigen Bezirken 60—70 Mann — seit langen Wochen emsig arbeiteten. Viele Versammlungen und Sitzungen im engsten Kreise hatten stattgefunden und eine Grundlage geschaffen für eine lebhaft öffentliche Agitation, bestehend in Zeitungsaufstellungen, Flugblättern und Versammlungen, die in den letzten zehn Tagen vor der Wahl herausgegeben, bezw. veranstaltet wurden.

Das Ergebnis der Wahl haben wir oben wiedergegeben. Man kann es als befriedigend bezeichnen, wenn man bedenkt, daß von den 12 000 Mitgliedern Groß-Berlins an 6000 in den Vororten wohnten und deshalb nicht mitwählten, und weiter viele Hunderte nicht wahlberechtigt waren, weil sie bei Innungsmeistern arbeiten oder noch nicht 25 Jahre alt waren. Immerhin, gut ist das Ergebnis nicht. Um dieses Prädikat ausstellen zu können, hätten wir tausend Stimmen mehr haben müssen. Was sich bei jeder ersten Wahlbeteiligung zeigt, tritt auch hier hervor: Die kräftigste Arbeit vermag nicht alle Geister im ersten Anlauf aufzurütteln, und wer kaltblütig nachrechnet, wird uns das Zeugnis nicht verjagen können, daß wir mit Geranzholung von mindestens vier Fünfteln aller Stimmfähigen auf ein befriedigendes Resultat zurückblicken können bei diesem ersten Gange.

Wer die ganze Wahlarbeit mitgemacht hat, muß mit Freude die eifrige und zielbewußte Arbeit der Obleute und Vertrauensmänner in den Bezirken anerkennen. Dieser beste Teil unserer Kollegen hat mit großem Eifer seine Pflicht und mehr getan. Sie sind treppauf und treppab gelaufen. Jedes Mitglied, dessen Adresse wir besaßen, ist mindestens einmal, in manchen Bezirken mehrere Male persönlich besucht und bearbeitet worden. Kurz, an Aufopferung hat es nicht gefehlt. Wenn uns das manche „Schlafmüde“ nicht gedankt hat durch Stimmabgabe, wenn die Arbeit noch nicht alle Kollegen, auch die sonst Stummigen erfasst hat, so liegt die Erklärung dafür in der schon erwähnten Tatsache: Sie sind es zu wenig ge-

wöhnt, zu solchen Wahlen herangezogen zu werden. Für uns ist auch der eifrigen Arbeit der Parteien mit unerfährlicher Sicherheit das eine hervorgegangen: Es ist nicht wahr, wenn gelegentlich bei uns behauptet wird, unsere Kollegen seien weniger arbeitsfertig, weniger opferwillig als andere. Nein, unser Material ist nicht um einen Deut schlechter als das der anderen Organisationen; es fehlt ihnen nur an der Schulung. Und so ist die wichtigste Schlussfolgerung aus dem Ganzen: Geben wir ihnen öfter Gelegenheit, im Feuer zu arbeiten und sich zu erproben. Eine kräftige, durch längere Jahre hindurch fortgesetzte Erziehung wird uns größere Erfolge bringen, selbst in Berlin, wo die sozialdemokratische Mehrheit eine so erdrückende ist, wie es die obigen Ziffern lehren. Auch hier können wir neben den sozialdemokratischen Gewerkschaften noch mehr Boden gewinnen, als wir haben, wenn schon natürlich in absehbarer Zeit keine Möglichkeit besteht, diese „freien“ Gewerkschaften abzulösen. Für den irgendwann in der Zukunft kommenden Augenblick, wo sich die drei bestehenden Organisationen in ein erträgliches Verhältnis setzen müssen, für jenen Moment, wo die sozialdemokratischen Gewerkschaften unter dem Druck der Tatsachen auf ihren Willen zur Alleinherrschaft verzichten müssen, haben wir besonders in Berlin ein möglichst großes Feld zu bebauen, damit wir uns die Gleichberechtigung erzwingen können, die man uns freiwillig nicht gibt.

Wenn unsere Berliner Kollegen so emsig gearbeitet haben, dann auch deshalb, weil der Wahlausschuss jeden an seine Stelle gesetzt, weil besonders die Obleute eine Position hatten, wo sie ohne unnötige bürokratische Aufsicht, selbstverantwortlich handeln und schaffen konnten, wo in einem großzügigen Gesamtbetriebe jeder einzelne sich ausleben durfte. Der Ausschuss glaubte, auf diesem Wege jede Kraft zu wecken und in lebendige Taten umzusetzen, und die Dinge haben ihren Recht gegeben.

Natürlich bleibt im einzelnen an unserm Apparat mancherlei zu bemängeln und vieles muß bei der nächsten Gelegenheit besser werden. Das ist eine Angelegenheit der Berliner Kollegen selbst; wir brauchen sie an dieser Stelle nicht zu behandeln.

Ein Mangel aber bedarf der öffentlichen Verprechung. Unter den sozialdemokratischen Stimmen befinden sich, gering gerechnet, die von 10—15 000 Wählern, die zu unrecht gewählt haben. Und das geht so zu! Arbeiter, die bei einem Innungsmeister beschäftigt sind, sind nicht wahlberechtigt, wenn die Innung ein eigenes Schiedsgericht hat. Wählerlisten werden zur Gewerbegerichtswahl nicht aufgestellt, sondern der Wähler muß eine Bescheinigung vorweisen. Die stellt ihm auf Anforderung der Unternehmer oder die Polizeibehörde aus. Die bei Innungsmeistern beschäftigten Leute konnten einfach zur Polizei gehen und sich ihre Bescheinigung holen. Während wir ehrlich genug waren, unsere bei Innungsmeistern beschäftigten Mitglieder von der Wahl abzuhalten, ist das den sozialdemokratischen Gewerkschaften gar nicht eingefallen. Die Maurer z. B. arbeiten fast alle bei Innungsmeistern, und doch konnte man mehrere Tage hindurch im „Vorwärts“ ein Inserat des Zentralverbandes der Maurer lesen, in dem es wörtlich in Fettdruck heißt:

„Wir fordern jeden Kollegen auf, sich bei Zeiten mit einer Wahllegitimation zu versehen. . . . Kein Kollege darf am Sonntag fehlen, jeder muß sein Wahlrecht ausüben.“

Auf diesem Wege ist das Wahleresultat direkt gefälscht. Auch die Direktion der städtischen Straßenreinigung hielt es für ihre Aufgabe, zugunsten der Sozialdemokraten in den Wahlkampf einzugreifen. Ein großer Teil der städtischen Arbeiter hat bisher schon mitgewählt. Niemand hat es ihnen geweigert. Noch am 28. November verbreitete der sozialdemokratische Gemeindegewerkschaftsverband ein Flugblatt, in dem alle Arbeiter der Stadt er sucht wurden, zu wählen. Auch wir dachten, die uns angeschlossenen Straßenreiner mobil zu machen. Das waren etwa 800 Stimmen für uns. Im letzten Augenblick verbot die Straßenreinigungs-Direktion ihren Leuten, zu wählen. Eine noch am Spätabend des 28. November an die Presse gegebene Erklärung vermochte nicht, die Straßenreiner von der Furcht zu befreien, sie könnten sich durch Ausübung des Wahlrechts Nachteile zuziehen. Sie wählten nicht, während die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter der übrigen städtischen Betriebe standstilllos wählten.

Einen nicht besseren Streich spielte uns die königliche Eisenbahndirektion Berlin. Auch sie verbot, trotz aller Gegenvorstellungen von unserer Seite, den Arbeitern der fünf Betriebswerkstätten die Ausübung des Wahlrechts, was uns gut 1000 Stimmen gekostet haben wird.

Das war der erste Schlachtenangriff. Wir haben gelernt dabei und werden rastlos weiter zu arbeiten haben. Der Uebermut der „freien“ Gewerkschaften muß auch in Berlin gebrochen werden. Ihren „stillen Teilhabern“, Straßeneinigungs-Direktion und königliche Eisenbahn-Direktion, wird bald genug an geeigneter Stelle gezeigt werden, wo Parthel den Most holt. Für uns gilt es, an der Vervollkommnung der Organisation in den nächsten zwei Jahren rastlos zu arbeiten. Wenn wir eifrig und fleißig sind, wird manches besser werden. Es wird an unseren Berliner Kollegen liegen, ob sie weitsehender genug sind, heute schon da Hand anzulegen, wo zu bessern nötig ist. Wir können uns eine geachtete Stellung im öffentlichen Leben Berlins nur durch energischen Kampf erringen. Es lebe der Kampf! das muß das vorläufige Ende dieser Wahlkampagne sein.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 1. Dezember 1908.

Eine Aufgabe der Ortsverbände ist es auch, dafür zu sorgen, daß die einzelnen Ortsvereine der Gesamtorganisation gegenüber ihre Selbständigkeit tun. Nun ist vor einiger Zeit sämtlichen Vereinen eine Postkarte zugeworfen mit der Bitte, umgehend die Namen derjenigen Kollegen an das Verbandsbureau mitzuteilen, an welche vom 1. Januar ab die Pflichteremplare des „Gewerkverein“ gefandt werden sollen.

Ein großer Teil der Ortsvereine ist dieser Bitte nachgekommen. Andererseits aber sind auch noch viele Vereine mit der Mitteilung der Adressen im Rückstande.

Wohl sind hier und da die Ausschussschreiben noch nicht vollzogen. Es wird dies aber in wenigen Tagen der Fall sein. Unsere erneute Bitte geht nun dahin, daß die Ortsverbandsausschüsse darauf hinwirken, daß jeder einzelne ihnen angeschlossene Verein umgehend das Veräumte nachholt und sofort die Adressen der Organempfänger uns übermittelt. Nur, wenn dies sofort geschieht, kann dafür garantiert werden, daß vom 1. Januar ab die Organzustellung pünktlich und regelmäßig erfolgt.

Redaktion und Expedition des „Gewerkverein“.

Englische Gäste hatten wir am vergangenen Sonnabend im Verbandsbureau. Die bereits von uns erwähnte Delegation von fünf Arbeitern aus der Tuchweberei Baitley in England stattete uns einen Besuch ab, um mit Vertretern unseres Berliner Ortsvereins über die Verhältnisse in der Berliner Textilindustrie sich auszuspochen. In seiner Begrüßungsrede erinnerte der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, an die große Friedensdemonstration im September und wies darauf hin, daß auch die heutige Zusammenkunft einem friedlichen Zweck diene und hoffentlich dazu beitragen werde, die Beziehungen zwischen den englischen und deutschen Arbeitern zu fördern und zu festigen. Auch der Vorsitzende des Berliner Ortsvereins der Textilarbeiter, Kollege Silberbrandt, begrüßte die Gäste herzlich und gab die Bereitwilligkeit der Berliner Kollegen zu erkennen, über alle Fragen sachkundige und wahrheitsgemäße Auskunft zu erteilen. Im Anschluß daran gab dann Kollege Elbel einen allgemeinen Ueberblick über die deutsche Textilindustrie und ihre verschiedenen Zweige, machte interessante Angaben über Arbeitszeit und -Lohn der Arbeiter und Arbeiterinnen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands. Während alle diese Reden von unsern Freunden Konorah überfetzt werden mußten, ergänzte Frau Elbel in englischer Sprache noch die Ausführungen ihres Mannes, zum Teil auf Grund eigener Erfahrungen. Den Dank der Engländer übermittelte einer der englischen Delegierten, dem sich dann noch ein anderer von den Vätern in deutscher Sprache angeschlossen. In einer längeren Besprechung am Sonntag wurde den Gästen noch die weiter gewünschte Auskunft von sachverständigen Mitgliedern unserer Organisation erteilt.

Die Fremden haben bereits Fort und Cottbus besucht, wo sie ebenfalls zum Teil von Verbandsangehörigen geführt wurden, und werden noch die Industriebezirke in Sachsen und Thüringen und endlich am Rhein aufsuchen.

Zum Schluß des Koalitionsrechts der Arbeiter hatte der Ausschuss für soziale Angelegenheiten in Weiskautern an den Stadtrat das Gesuch ge-

richtet, nur solchen Firmen Aufträge zuzuwenden, die das Koalitionsrecht ihrer Angestellten achten. Darauf ist jetzt folgender Bescheid ergangen:

Der Stadtrat steht auf dem Standpunkt, daß das gesetzlich geschützte Koalitionsrecht nicht in unzulässiger Weise beschränkt werden darf. Zurzeit ist dem Stadtrat aber eine solche Beschränkung nicht bekannt. Sollte einmal nachgewiesen werden, daß ein Arbeitgeber das Koalitionsrecht beschränkt hat, so wird der Stadtrat beschließen, daß ihm Lieferungen oder Arbeiten für die Stadt ganz oder teilweise entzogen werden.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Bergarbeiter auf der Grube Merlenbach ist noch immer nicht beigelegt. Die Arbeiter fordern eine nochmalige Befragung der Grube durch die Bergbehörde in Begleitung von Arbeitern, Beseitigung der erheblichen Lohnunterschiede und die Festsetzung eines Mindestlohnes von 5 Mark für die Pauer. Die Gesamtstrafen sollen monatlich 5 Mark nicht übersteigen dürfen. Ferner werden Arbeiterausschüsse verlangt, denen die Grubenkontrolle obliegt. Maßregelungen sollen nicht stattfinden. Die Direktion weigert sich, diese Forderungen anzuerkennen. — Die Textilarbeiter in Mülhausen i. E. verlangen die Einführung der achtstägigen Lohnperiode, die Freitags-Lohnzahlung und eine anderweitige Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Die Bewegung der Buchbinder in Schweden kann als beendet gelten, da die Arbeiter die von den Unternehmern gestellten Bedingungen angenommen haben. — In einigen norwegischen Zellulosefabriken ist den Arbeitern gekündigt und erklärt worden, daß der Betrieb nur weitergeführt werden könne, wenn die Arbeiter sich eine 7—12prozentige Lohnherabsetzung gefallen lassen. Die Arbeiter fürchten, daß diese Lohnreduktion dann allgemein in allen Betrieben durchgeführt werden wird, weshalb in den beteiligten Fabriken die Arbeiter sich gegen das Anerkennen erklärten. Daraufhin haben die Unternehmer sämtlicher Zellulosefabriken beschlossen, in 14 Tagen eine allgemeine Aussperung vorzunehmen, die sich auf rund 8000 Arbeiter erstrecken würde.

Schwarze Listen. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat wieder einmal ein lebhaftes Betätigungsdrängen gefühlt und im Laufe dieses Monats seinen Mitgliedern nicht weniger als sieben schwarze Listen zugesandt, auf denen 471 Arbeiter namentlich aufgeführt werden mit der Aufforderung, sie nicht anzustellen, oder wenn dies bereits geschehen sein sollte, sie sofort wieder zu entlassen. Außerdem aber wird noch ein ganzer Betrieb genannt, dessen ausländische Arbeiter ebenfalls nicht beschäftigt werden dürfen.

Und gegen dieses wider alle guten Sitten verstoßende Vorgehen findet sich kein Staatsanwalt! Da sollen die Arbeiter noch glauben, daß sie als gleichberechtigt von den Behörden angesehen werden! Wer aber angesichts solcher Vorkommnisse noch an der Notwendigkeit des Ausbaus und der Sicherung des Koalitionsrechtes zweifelt, nun, der will eben kein besseres Koalitionsrecht. Pflicht des Reichstages, oder wenigstens der arbeitervereinsfreundlichen Parteien derselben ist es, mit aller Energie darauf zu dringen, daß durch gesetzliche Bestimmungen jenen Scharfmachern das Handwerk gelegt werden kann.

Ein Musterbetrieb. Zwischen dem Redakteur des Buchdruckerkorrespondenten, Herrn Rezhäuser, und der „Vorwärts“-Redaktion tobt wieder einmal ein heftiger Kampf, in welchem das sozialdemokratische Zentralorgan bisher gerade keine Lorbeeren geerntet hat. Im Laufe der Erörterungen sind da auch wieder Dinge über die Zustände in der „Vorwärts“-Druckerei an die Öffentlichkeit gelangt, die den Betrieb in einem ganz eigentümlichen Lichte erscheinen lassen. Wenn ein Privatunternehmer sich auch nur etwas von diesen Dingen zuschulden kommen ließe, was man dem „Vorwärts“ bisher straflos hat nachsagen können, so würde die ganze sozialdemokratische Presse längst über ihn hergefallen sein und über die Ausbeutungslust, Profitwut, Rechtsmache der Arbeiter usw. in den höchsten Löhnen sittlicher Entzückung geschimpft haben.

Das christlich-soziale „Reich“ hat sich die Gelegenheit nun nicht nehmen lassen, dem sozialdemokratischen Blatte dieselbe Dinge im Spiegel vorzuhalten und ihm zum Schluß einer längeren Polemik folgende Fragen vorzulegen:

1. Ist es wahr oder unwahr, daß acht Angestellte des „Vorwärts“ zur Herstellung einer Nummer von früh 8 Uhr bis nachts 12 Uhr mit halbtägigen Pausen intensiver arbeiten mußten, daß sie in dieser Zeit kein warmes Essen genossen und daß ihre Bitte, am nächsten Tage eine Stunde später kommen zu dürfen, rundweg abgelehnt wurde?
2. Ist es wahr oder unwahr, daß die Firma Paul Singer die Kalfelderzeitungsplatten bei der

Firma Behling herstellen ließ, die für organisierte Arbeiter seit Jahren gesperrt ist?

3. Ist es wahr oder unwahr, daß gegen das Verhalten der Vorwärtsdrucker in Sachen Waplo und Ruffat der Arbeiterausschuß der Firma Paul Singer & Co. eine Protesterklärung erlassen hat, die behauptet, daß der Arbeiterausschuß seine Gelegenheit hatte, vor Entlassung der beiden Mitarbeiter sich zu äußern?

4. Ist es wahr oder unwahr, daß diese Erklärung gegen das Verfahren der Firma dem gesamten Personal in Urabstimmung vorgelesen hat und fast ausnahmslos genehmigt worden ist?

Man darf gespannt sein, wie der „Vorwärts“ diese Fragen beantworten wird. Wahrscheinlich gar nicht. Denn, wenn er es ehrlich tun wollte, müßte er darauf antworten: Ja, es ist wahr. Da er dies aber wahrscheinlich nicht will, wird er wieder mit Schimpereien und Ausreden sich aus der Falle zu ziehen suchen. Gelingen wird ihm dies freilich nicht.

Uebrigens braucht man sich über solche Vorkommnisse im „Vorwärts“-Betriebe nicht groß zu wundern. Wo Streikbrecher als Redakteure tätig sein dürfen, da sind auch solche „Lappalien“ möglich.

Ein seltsamer Freund der Tarifverträge scheint uns der sozialdemokratische Harzer Blüher aus Zürich zu sein, der vor einigen Wochen im graphischen Kartell zu München einen Vortrag über die politische und industrielle Demokratie hielt und dabei nach einem der „Soz. Praxis“ zugegangenen Bericht folgende Ausführungen machte:

„Einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur industriellen Demokratie bilden die Tarifverträge, die eine teilweise Verbesserung der Arbeitsbedingungen bringen. Aber damit kann sich die industrielle Demokratie keineswegs zufriedengeben. Darum sollte die Arbeiterschaft nicht bei der Art des Betriebes ein wichtiges Wort mitreden, warum sollte sie nicht einem rücksichtlosen Unternehmer im Tarifvertrag vorzuschreiben, welche Werkzeuge, welche Maschinen anzuschaffen sind? Sollte sie nicht gefährliche und gesundheitschädliche Arbeitsmethoden einfach ausschalten können? Sollte sie nicht dem Unternehmer sagen können, wie viele Arbeiter zur gefahrlosen Durchführung einer bestimmten Arbeit nötig sind? Aber die soziale Entwertung auf diesem Gebiete wird noch weiter gehen: die Arbeiterschaft wird auch ein Wort reden betreffs Uebernahme oder Nichtübernahme von Bestellungen, betreffs des Bezuges der Rohprodukte und ihrer Preise. Die Arbeiterschaft eines Betriebes wird sich kümmern um die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter der Lieferanten der Rohprodukte. Und wenn also das Recht der sogenannten „Herren im Hause“ immer mehr geschwächt ist, wird auch kein Arbeitgeber mehr seine Produkte verkaufen können, ohne daß die Arbeiterschaft weiß, wieviel er dafür erhält.“

Derartige radikale Anschauungen mögen ja auf eine große Menge von Zuhörern, die selbständig nicht denken können, Eindruck machen, und das soll auch in München der Fall gewesen sein. In Wirklichkeit aber schädigt man mit solchen Betrachtungen die Tarifbewegung auf das allerwerthvollste. Zu einer Zeit, wo der Tarifgedanke namentlich in großindustriellen Kreisen noch immer auf Schwierigkeiten stößt, sollte man mit dem Bau derartiger Luftschlösser doch etwas vorsichtiger sein. Damit dient man der Sache nicht, sondern man schädigt sie.

Die Bergbaugesetzgebung in Frankreich hat durch zwei neue Gesetzentwürfe des Arbeitsministers Parthou einige wesentliche Änderungen erfahren. So kann der Besitzer eines Bergwerks, der sogenannte KonzeSSIONAR, zu der auch für seinen Nachfolger verbindlichen Verpflichtung angehalten werden, eine Fabrik zur Verwertung der Bergbauprodukte zu errichten, ferner zur Ausführung von Straßen, die für sein Unternehmen vorteilhaft sind, beizutragen und Wohlfahrtsanrichtungen zugunsten der Arbeiter zu unterstützen. Falls der KonzeSSIONAR diesen Verpflichtungen nicht entsprechen sollte, kann er der KonzeSSION verlustig erklärt werden. Das Gleiche ist für den Fall vorgelesen, daß der KonzeSSIONAR die Ausführung der ihm vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen verweigert oder das Bergwerk länger als zwei Jahre ruhen lassen würde. Ferner kann ein Bergwerk ohne vorherige Ermächtigung weder veräußert noch verpachtet werden. Befußt Beteiligung des Staates an dem Ertragnis des Betriebes wird eine provisorische Steuer auf das Reineinkommen der Bergwerke eingeführt. Die zweite Vorlage, durch welche der Staat ermächtigt wird, unter gewissen Bedingungen und Bürgschaften die Bergwerkskonzessionen einzulösen, bestimmt u. a., daß der genaue Einlösungspreis vorher durch eine Schiedskommission festgesetzt werden soll, damit sich das Parlament über die ganze Tragweite der Verstaatlichung Rechenschaft ablegen kann.

Gewervereins-Zeil.

Wittwasser. Am Sonntag, den 22. November, hatte unser Ortsverband zwei öffentliche Versammlungen einberufen, von denen die erste in Neutraubendorf, die zweite in Altwasser stattfand. Diefelben sollten hauptsächlich zur Agitation für unseren Bergarbeiter-Gewervereins dienen. Als Referent sprach Kollege F. Schmidt-Oberhausen über das Thema: „Welche Lehren ziehen wir aus dem Unglück auf Zeche Rabob?“ Man hätte glauben sollen, da das Unglück noch in frischer Erinnerung ist und in solchen Versammlungen die Berufsinteressen sowie die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter zur Sprache gebracht werden, daß die Beteiligung an denselben in unserem industriereichen Orte eine recht große gewesen wäre. Trotzdem hätte die Zahl der Besucher größer sein können. Der Referent ging von dem schrecklichen Unglück auf Zeche Rabob aus, schilderte die Verhältnisse auf dieser Grube sowie die Ursachen, aus denen solche Katastrophen der Zeche Rabob sich nicht von der Hand weisen lassen. Weiter bemängelte er, daß, wenn der Bergwerksbesitzer, immer alles in bester Ordnung sei, weil sein Erscheinen vorher angekündigt würde. Redner vertritt sich dann über das Präventivsystem und verglich die Lage der Bergarbeiter mit derjenigen der Unternehmer. Er forderte ein Reichsberggesetz, Arbeitergrubenkontrolleure, höhere Löhne, die 8 stündige Arbeitszeit sowie überhaupt bessere Verhältnisse zum Schutze der Arbeiter. Seine Ausführungen gipfelten in der Mahnung, daß der Macht des Kapitals die Macht der Organisation, die Macht der vereinigten Arbeit gegenübergestellt werden müsse. Das sei aber nur möglich durch eine starke Organisation. Darum forderte der Redner am Schluß seiner Ausführungen diejenigen, welche sich noch keiner Organisation angeschlossen haben, auf, nicht länger gleichgültig beiseite zu stehen, sondern dem Gewervereins der Bergarbeiter (Christ-Duncker) beizutreten. Auch ermahnte er die Verbandskollegen, dem Verein stets neue Mitglieder zuzuführen. Nur durch festen Zusammenschluß aller Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet, frei von jedem politischen und religiösen Beiwerk, können wir die Bewirtung unserer berechtigten Forderungen erzielen. Fort mit der Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit! Nach diesem mit der Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit! Nach diesem mit der Begeisterung vorgebrachten Ausführungen, welche allgemeinen Beifall fanden, wurde folgende Resolution angenommen: Die am 22. November im Gasthof zum „Weißen Roß“ zu Altwasser tagende, vom Ortsverband Wittwasser einberufene öffentliche Bergarbeiterversammlung spricht den Hinterbliebenen von dem Unglücksfall auf Zeche Rabob ihr tiefstes Beileid aus. Sie fordert alle unorganisierten Kameraden auf, sich der Organisation anzuschließen, damit bessere Bergarbeiterbedingungen geschaffen werden können.“ In der Diskussion erklärten sich alle Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.

Julius Reich, Ortsverbandsschriftführer.

Thorn. Am 21. November sprach im hiesigen Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter der auf einer Agitationsreise durch Ost- und Westpreußen befindliche Hauptkassierer Kollege R a a b - Burg über „Die Zwecke und Ziele des Gewervereins“. Der Vortragende wies an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials nach, wie notwendig es für jeden Arbeiter ist, sich einer Organisation anzuschließen, um auch den Arbeitgebern gegenüber seine Rechte vertreten und sich ein menschenwürdiges Dasein erringen zu können. Leider macht die Arbeiterschaft noch zu wenig Gebrauch von dem ihr gewährten Koalitionsrecht. Unsere

Aufgabe muß es daher sein, Auffklärung unter die Massen der Gleichgültigen zu tragen, um sie für die Organisation zu gewinnen und damit für die Verbesserung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit zu wirken. In seinen weiteren Ausführungen wies der Redner darauf hin, daß im Ortsverband die Verhältnisse derartig liegen, daß sehr wohl Erfolge erzielt werden können, wenn alle Kollegen auf dem Posten sind und bei jeder Gelegenheit, namentlich auch bei öffentlichen Wahlen, ihre Schuldigkeit tun. Sodann wurden die Leistungen des Gewervereins der Fabrik- und Handarbeiter eingehend besprochen und den Anwesenden vor Augen geführt, wie nützlich für sie der Eintritt in die Organisation ist. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auch in der Diskussion kam völlige Uebereinstimmung zum Ausdruck. Der Anregung des Vortragenden, mit dem neuen Jahre den Uebertritt in die Fünfjahresplanperiode zu vollziehen, soll Folge gegeben werden. Der Ortsverbandsvorsitzende, Kollege H i n z, schilderte noch die Mißstände, unter denen die Staatsarbeiter hiesigen Ortes zu leiden haben, und wies nach, daß nur durch die Vereinigung der Arbeiter Abhilfe geschaffen werden könne. In einem wirtungsvollen Schlusssatz ermahnte Kollege Raab nochmals die Anwesenden zu eifriger Arbeit und zum Beitritt in die Organisation. Der Erfolg war, daß mehrere neue Mitglieder sich in den Ortsverein aufnehmen ließen.

Holzf Döring, Schriftführer.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. **Distriktsklub der Deutschen Gewervereine (D.-D.).** Verbandsklub der Deutschen Gewervereine, NO, Greifswalderstr. 221/223. Nächste Sitzung Mittwoch, 2. Dezember. Vortrag des Kollegen Gustav Hartmann über: „Schiedsgerichte und Einigungsämter in England“. Gäste herzlich willkommen. — **Gewervereins-Liebertafel (G.-D.).** 7. und 8. Dezember, abends 9 bis 11 Uhr, Besprechung im Verbandsklub bei Herrn E. D. — **Distriktsklub Moabit.** Freitag, 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr bei Rabau, Waldstr. 58, Sitzung. Vortrag des Kollegen Aufhäuser über: „Die soziale Lage der Handlungsgehilfen und die der Arbeiter“. Gäste herzlich willkommen. — **Handwerkliche Distriktsklub Berlin.** Pöcherstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Vereinigter Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin und Umgebung.** Mittwoch, 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr im Verbandsklub (weiliger Saal) kombinierte Auskündigung 1. Gewerkschaftliche Mitteilungen. 2. Vierteljahrsbericht pro 3. Quartal. 3. Bericht von der Konferenz des VII. Bezirks. 4. Anträge Berlin V und XIII und Weihnachtsgesellschaft für die arbeitslosen Mitglieder. — **Sonabend, 5. Dezember Fabrik- u. Handarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, „Altmärkischer Hof“, Emdenerstr. 51, E. Willmer. T.-D.: 1. Gewerkschaften. 2. Wahl des Ausschusses. 3. Bericht des Ausschusses. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung in Thiem's Restoran, Pöcherstr. 61. Protokoll. Wahl des Ausschusses. Anmeldung zur Weihnachtssfeier. Bericht des Ausschusses. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandsklub, Greifswalderstr. 221/223. 4. Anträge zur Weihnachtssfeier. Vortrag des Verbandsredakteurs Kollegen Lewin über: „Die französische Revolution“.

— **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Stettinerstr. 50. Wahl eines Beirates. 5. Anträge zur Weihnachtssfeier. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Dsm. Berliner, Brunnenstr. 143 I. Bericht. Anmeldung zur Weihnachtssfeier. Familienkarten à 1 Mk., sonstiger Eintritt 0,80 Mk. Die Verteilung der Kassengelder erfolgt während der Krankebilder-Vorlesung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Trantow, Schönhauser Allee 65. T.-D.: Vorstandswahl. Einziehung der Duitlungsbücher. 6. Anträge zur Weihnachtssfeier. Abrechnung vom Bilderbild-Vortrag. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung bei Rabau, Waldstr. 58. Vorstandswahl u. a.

Leipzig. **Deutsche Handelskassierer-Vereinigung.** Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Heller“, Lindenau, Eilgenstraße, statt. — **Spanbau. Distriktsklub der Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Jeden Donnerstag, pünktlich abends 8—10 Uhr, Sitzung in der „Palme“, Ritterstr. 12. Gäste willkommen. — **Wilhelmsruh. Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Sonnabend, 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung, Ebelwehstr. 5 bei Orpmpe. Neuwahl des Ausschusses und Schluß der Weihnachtssfeier.

Orts- und Bezirksverbände.

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. E. C. Müller, Pöcherstr. 20. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Leudter, Ecke Hauptmannplatz u. Zühlstr. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeder Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hüftmanns Hof, Boosstr. 10. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. S. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Gagen a. Huns. (Distriktsklub).** Jede 1. und 3. Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstr. 4. — **Röhr (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr im Restaurant „Bater Polping“, Eiserstr. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstr. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei P. Eisenburger, Banheimerstraße. — **Wahmet a. M. (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 38. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinstr. 120. — **Leipzig (Gewervereins Liebertafel).** Die Liebertafelstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Ludwigshafen (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend im Lokale des Herrn Heinger. — **Oberhausen (Ortsverband).** Vertreterversammlung am Sonntag, 6. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr beim Wirt Schepermann in Stertrade, Marktstraße 10. — **Halle (Ortsverb.).** Sonntag, 6. Dezember, nachm. 4 Uhr, Vertreterversammlung resp. Stellungnahme zu den neuen Reichsteuern, im Rest. Passage. Alle Verbandskollegen sind hierzu eingeladen.

Anzeigen-Zeil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart
 Auf Gegenseitigkeit. Gegründet 1875.
 Unter Garantie der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.
 Kapitalanlage über 50 Millionen Mark.

Haftpflicht-Versicherung für Handwerker u. Gewerbetreibende.
 Empfehlungsvorträge mit dem Verband Deutscher Gewerkschaften, sowie mit zahlreichen andern Verbänden, Vereinen, Innungen und Handwerkskammern.
 Gesamtversicherungsstand über 740 000 Versicherungen. Monatlicher Zugang ca. 6000 Mitglieder.
 Prospekte, Versicherungsbedingungen, Antragsformulare, sowie jede weitere Auskunft bereitwilligst und kostenfrei.

Unfall-Versicherung. Lebens-Versicherung.

Der Gewerksverein
 Jahrgang 1907

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsagenossen und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages.

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
 Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Fidelitas.

Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozenen, Complots (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl.
 Monatl. 1 Hft., Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franco. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.
 C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.

Essen (Ruhr). Serberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerksvereins-Bureau, Frohnhauserstr. 58

Wilhelmsruh (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten in den Serbergen zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, S. E. Bede, Bant, Goethestr. 7.

Stralsund (Ortsverb.). Herz. zur Heimat, Bleistraße. Karten bei E. Sufowski, Badenstr. 20.

Nur 87 Pfg. pro Quartal

kostet die beliebte, gutredigerte Wochenchrift für **Sozialpolitik und nationale Kultur**, der in Magdeburg wöchentlich einmal erscheinende

„Mitteldeutsche Kurier“

mit seiner 8 seitigen **Gratis-Unterhaltungsbeilage.**
 Probenummer gratis durch den Verlag.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Wandbriefträger sowie der Verlag, Magdeburg, Ratparnienstr. 2/3, entgegen.

Eisenach (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Gewerksvereinskollegen erhalten Verpflegung und Nachtquartier. Meldungen beim Ortsverbandskassierer E. D. u. D. G. arimann, Wiesenstr. 10.

Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reisunterstützung von 1 Mark in Höhe bei dem Kollegen E. D. u. D. G. arimann, Wiesenstr. 10.